

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Themenbereich Bildung

1. Bildung in Kindertageseinrichtungen

Bildungserfolg muss unabhängig von der sozialen oder regionalen Herkunft der Kinder möglich sein. Vorschulische Bildung und individuelle Förderung müssen ausgebaut werden, um gleiche Startchancen für alle zu bieten.

1. Halten Sie es für sinnvoll, den Betreuungsschlüssel in Kindertageseinrichtungen zu verbessern?

Ja, das halten wir für sinnvoll. Wir werden den mit der Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes (KiFöG) eingeschlagenen Weg der Verbesserung des Betreuungsschlüssels weiter verfolgen.

2. Sollten Familien, die ihr Kind häuslich betreuen, eine finanzielle Anerkennung durch das Land erhalten?

Jedem steht es frei, sein Kind ausschließlich zu Hause zu betreuen oder es für eine begrenzte Anzahl von Stunden oder für eine bestimmte Anzahl von Wochentagen in eine Kindertageseinrichtung zu geben. Nach dem SGB VIII ist es eine Aufgabe der öffentlichen Hand, Kindertagesbetreuung zu finanzieren.

Wir halten ein Landesbetreuungsgeld in Sachsen-Anhalt nicht für sinnvoll. Ein solches würde auch vollkommen dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Eltern in unserem Bundesland entgegenstehen. Im Gegenteil: die Nachfrage nach Betreuungsplätzen im Bereich der unter 3jährigen ist nach wie vor groß. Schon jetzt nimmt Sachsen-Anhalt mit einer Betreuungsquote für diese Altersgruppe von 57,9% die Spitzenposition in Deutschland ein.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

3. Befürworten Sie eine Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung: elementar – Bildung von Anfang an“? Wie verbindlich sollte dessen Umsetzung in den Kitas sein?

Wir halten das Bildungsprogramm für eine sehr gute Grundlage für die Arbeit mit Kindern. Da sich ein solches Programm immer auch gemäß der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Umsetzbarkeit vor Ort weiterentwickeln sollte, ist das Bildungsprogramm "bildung: elementar – Bildung von Anfang an" gerade erst vor kurzem überarbeitet worden. Ein Bildungsprogramm ist kein statisches Konstrukt, sondern wird sich auch immer an der Entwicklung der Kinder unter Einbeziehung der Eltern und Erzieherinnen und Erzieher weiterentwickeln müssen.

Die Angebote in den Kitas sollen sich an den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Familien orientieren, da sie doch die Erziehung in der Familie ergänzen und unterstützen. Sie ermöglichen Kindern, Erfahrungen über den Familienrahmen hinaus zu sammeln. Deshalb ist das Bildungsprogramm für alle Kitas in unserem Bundesland, die wie im Gesetz formuliert "einen eigenständigen alters- und entwicklungsspezifischen Betreuungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag im Rahmen einer auf die Förderung der Persönlichkeit des Kindes orientierte Gesamtkonzeption" haben, für die Arbeit verbindliche Grundlage.

4. Welches Ausbildungsprofil für die pädagogischen Fachkräfte würden Sie befürworten?

Geeignete pädagogische Fachkräfte halten wir für notwendig. Das sind neben den staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erzieher alle anderen im KiFöG aufgeführten Pädagogischen Fachkräfte. Sollte es weitere Ausbildungen oder Studiengänge im Bereich der frühkindlichen Bildung geben, ist das Gesetz unter Prüfung der Fachlichkeit dieser zu ergänzen.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

2. Bildung in der Schule

Nur mit dem Ausbau der personellen und finanziellen Kapazitäten der Schulen, einer Modernisierung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte sowie einem Ausbau der Schulsozialarbeit kann eine individuelle Förderung aller Talente im Land gelingen.

1. Wie sollte ein modernes Schulsystem Ihrer Meinung nach aussehen?

In den Schulen müssen sich alle Beteiligten (Lehrkräfte, ErzieherInnen, SchulsozialarbeiterInnen, SchulpsychologInnen und eingebundene gesellschaftliche Kräfte als multiprofessionelle Teams verstehen. Nur so kann es gelingen, auch bei Schülerinnen und Schülern mit ungünstigem sozialen Hintergrund einen höheren Bildungserfolg zu sichern.

2. Wie wollen Sie den Umbau von Schulen zu sozialen Bildungs- und Lernzentren mit besseren Bildungschancen für alle Schülerinnen und Schüler, sowie deren individueller Förderung vorantreiben?

Wir sind bereits auf dem Weg der Umwandlung von Schulen in soziale Bildungs- und Lernzentren. Immer mehr Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden inklusiv unterrichtet. Differenzierter Unterricht und individuelle Förderung ist erklärter Anspruch an pädagogische Arbeit jeder Lehrkraft. Darüber hinaus verfügen die Schulen über frei zu verwendende Stunden-Budgets zur Förderung schwächerer Schülerinnen und Schüler.

Im Rahmen der Integration von Flüchtlingskindern sind bisher mehr als 270 Sprachklassen bzw. Sprachgruppen an ca. 150 Schulen eingerichtet worden.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern kann und muss insbesondere mit bildungsfernen Familien verbessert werden. Hier sollten mehr Formen verbindlicher Zusammenarbeit, die durch gegenseitiges Vertrauen und schnelle Rückkopplung bei Entwicklungsproblemen der Kinder gekennzeichnet sind, entwickelt werden.

3. Was halten Sie von einem Ausbau der Schulsozialarbeit?

Wir halten den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit für erforderlich. Die Finanzierung muss auch über den aktuellen EU-Förderzeitraum hinaus gesichert werden.

4. Wie wollen Sie zukünftig zumutbare Entfernungen zum Schulstandort insbesondere im ländlichen Raum gewährleisten?

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Im ländlichen Raum müssen insbesondere Grundschulen leicht erreichbar bleiben. Das ist möglich, wenn auch kleine Grundschulen bestehen bleiben (d.h.: Die bestehenden Mindestgrößen sollen erhalten bleiben.) Dazu ist der jahrgangsübergreifende Unterricht weiter auszubauen. Auf Erfahrungen aus der flexiblen Schuleingangsphase kann dabei zurückgegriffen werden. Auch durch eine bessere Organisation des Schülerverkehrs (z.B. Stern- statt Rundfahrten) lassen sich lange Schulwegzeiten kürzen. Die aktuelle Zuwanderung kann helfen, gefährdete Schulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten.

Da die Schülerbeförderung in weiten Teilen des Landes Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs ist, sind derzeit auch immer noch die Schleifenfahrten bei der Schülerbeförderung aktuell. Wir werden in der kommenden Legislaturperiode kurze Fahrwege mit kleinen Bussen aus den Gemeinden in die Schulstandorte testen. Dies bedeutet aber auch, dass die Aufgabenträger der straßengebundenen Beförderung in neue Busse und Konzepte investieren. Dies ist die vor uns stehende Aufgabe.

3. Förderung von Familienbildung / Elternarbeit

Die Förderung der Familie und der Familienbildung ist politisch stärker in den Blick zu nehmen, um gesellschaftliche Stabilität als Basis funktionierender Sozialsysteme zu gewährleisten. Die Herausforderungen, mit denen Familien heute konfrontiert werden, haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Unter der Devise: „Lernen, Familie zu leben“ versteht sich Familienbildung als ein wichtiger präventiver Arbeitsbereich im Gesamtbild der Familienförderung. Besonders stehen dabei Angebote für Eltern mit Erziehungsverantwortung im Mittelpunkt. In Sachsen-Anhalt wurden kontinuierliche Schritte gegangen, um den Bereich der Familienförderung auszubauen bzw. Angebote auf regionaler Ebene anzuregen. Die Familienverbände als Lobby für Familie werden dabei vom Land Sachsen-Anhalt unterstützt.

1. Wie wollen Sie den Weg der Familienförderung weiter gestalten?

Mit dem Familien- und Beratungsstellenförderungsgesetz wurden umfassende Unterstützungsleistungen für Familien festgeschrieben. Ein solches Gesetz erhebt keinen allumfassenden Regelungsanspruch, es wird jedoch weiterentwickelt und ggf. geänderten Gegebenheiten angepasst werden müssen.

2. Wie sehen Sie künftig die Rolle der Landesfamilienverbände und der Familienzentren?

Familienzentren verstehen sich in Sachsen-Anhalt als Alltagsbegleiter, um Familien bei der Erziehung und dem Aufwachsen der Kinder mit Angeboten der Familienbildung, -förderung, der Informationsvermittlung und des Austauschs untereinander zu unterstützen. Das Angebot der Familienzentren umfasst in Spezifizierung zum angegebenen Spektrum Leistungen zur Vorbereitung auf Erziehung und Elternschaft, Angebote zur Gesundheit und

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Bewegung, zur Schaffung und Unterstützung sozialer Netzwerke für und von Familien und die Lobbyarbeit für Familien. Diese Aufgaben sollen die Familienzentren auch weiterhin erfüllen. Dafür erhalten sie eine feste Finanzierung.

Die Familienverbände sind die Interessenvertreter der Familien. Familien mit ihren Kindern sind die Zukunft unseres Landes. Sie werden u.a. über die Familienverbände vom Land weiterhin unterstützt.

3. In welchem Maße werden Sie den bedarfsgerechten Ausbau der Familienbildungsangebote vorantreiben? Wo werden Sie Schwerpunkte setzen?

In Sachsen-Anhalt werden im Rahmen der Familienförderung Familienbildungs- und -begegnungsmaßnahmen, in Familienferienstätten und Familienzentren mit derzeit 735.600 € gefördert. Allein für die sozialpädagogische Arbeit in den Familienstätten und -zentren sind in diesem Jahr rund 300.000 € veranschlagt.

Daneben fördert das Land die landesweit tätigen Familienverbände auf Basis einer institutionellen Förderung in Höhe von ca. 230.000 € jährlich, deren Grundlage das Familien- und Beratungsstellenfördergesetz ist. Der Ausbau der Familienbildungsangebote braucht eine stärkere Interaktion der unterschiedlichen Akteure, um die Bedarfe vor Ort besser in die Planung für Angebote aufzunehmen.

4. Wie stehen Sie zum Ausbau von Familienzentren mit Angeboten der Elternarbeit und Familienbegegnung, gegebenenfalls unter Einbeziehung von Kindertagesstätten? Werden Sie das mit Investitionen unterstützen?

Familienzentren bieten schon jetzt zahlreiche Angebote der Unterstützung und Stärkung der Erziehungskompetenz für Eltern an. Familienbezogene Bildungsprojekte und -angebote müssen die Situation und die Anforderungen vor Ort abbilden und mit Angeboten regional individuell reagieren.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern liegt uns besonders am Herzen. Ein kontinuierliches und vertrauensvolles Miteinander zwischen den verschiedenen Einrichtungen für Familien und den Eltern ist nicht hoch genug zu schätzen. Das Land hat im Familien- und Beratungsstellenfördergesetz die Förderung von Familienbildungsangeboten und von Investitionen in Familienzentren verankert. Wie sie der Höhe nach auszugestalten sind, wird mit den Haushaltsberatungen in der neuen Legislaturperiode diskutiert werden.

Mit der Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Kinder-Eltern-Zentren ist ein wichtiger Schritt in Richtung stärkerer Einbeziehung der Eltern gegangen worden. Die Einbindung der Familienzentren mit ihren vielfältigen Angeboten war von Anfang so gedacht worden. Die konkrete Umsetzung kann nur in einer örtlichen Partnerschaft erfolgen.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Themenbereich Demographie

Der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung wächst. Allzu oft wird diese Seite der demographischen Entwicklung defizitorientiert diskutiert und zu wenig als Chance für die Gesellschaft begriffen. Dabei erfüllt sich durch den Anstieg der Lebenserwartung ein Menschheitstraum. Selbstbestimmte Teilhabe ist in diesem Fall ein Schlüsselwort für ein neues Altersbild. Dies stellt die Gesellschaft aber auch vor große Herausforderungen, Teilhabe z. B. im ländlichen Raum zukünftig abzusichern. Gleichzeitig verändert eine älter werdende Gesellschaft ihre Präferenzen, dies kann für Jüngere zum Problem werden.

Jüngere Menschen und Familien drängen vermehrt in Städte und Zentren, weil hier die Infrastruktur besser ausgebaut ist. Der ländliche Raum steht vor großen Herausforderungen, als Lebensraum attraktiv zu bleiben.

1. Welche Rahmenbedingungen wollen Sie schaffen oder ausbauen, um selbstbestimmte Teilhabe auch im Alter zu ermöglichen (insbesondere im ländlichen Raum)?

Wir setzen hier vor allem auf den seit mehreren Jahren bewährten Quartiersansatz. Die altersgemäße Quartiersentwicklung lenkt den Blick eben nicht nur auf alte Mitbürgerinnen und Mitbürger, sondern steht für ein Miteinander der unterschiedlichen Generationen. In den Sozialplanungen der Landkreise und kreisfreien Städte müssen dafür die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine vernetzte soziale Infrastruktur aufbauen zu können.

Im seniorenpolitischen Programm "Aktiv und selbstbestimmt – Altenhilfe und Pflege in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2020" wird mit dem sog. "Care Management" die Errichtung quartiersbezogener Wohnkonzepte hervorgehoben. Dazu sollte auch die Einbindung stationärer Einrichtungen gehören. Mit dem Wohn- und Teilhabegesetz ist das Konzept der Vernetzung im Quartier quasi rechtlich untersetzt. Alle stationären Einrichtungen und nicht selbstorganisierten Wohnformen sind gesetzlich verpflichtet, sich dem Gemeinwesen zu öffnen und den Bewohnerinnen und Bewohnern damit Teilhabe zu ermöglichen.

Auch die Pflegekonzeption des Landes: "Wege in eine neue Pflegelandschaft" sieht den Aufbau einer vernetzten sozialen Infrastruktur vor, die in die Sozialplanung vor Ort aufgenommen werden soll. Diese Ansätze gilt es weiterzuentwickeln.

Wir brauchen eine Weiterentwicklung der Zentren, aber auch lebendige ländliche Räume. Dabei kommt den Kommunen eine zentrale Rolle zu. Die Lebensbedingungen in den Regionen werden maßgeblich vor Ort gestaltet. Wir müssen die Kommunen stärken, damit sie handlungsfähig bleiben und den Daseinsvorsorgeauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse erfüllen können. Wir müssen die Handlungsspielräume der Kommunen erweitern, damit sie den Herausforderungen vor Ort mit flexiblen und örtlich angepassten Lösungen begegnen können. Denn die unterschiedlichen Regionen brauchen

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

maßgeschneiderte Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt sind. Insbesondere für den ländlichen Raum müssen wir neue Strategien entwickeln.

Die Abmilderung der Auswirkungen des demografischen Wandels hat immer etwas mit Mobilität zu tun. Dies gilt auch für die selbstbestimmte Teilhabe im Alter (insbesondere im ländlichen Raum). Zum einen gilt es, die Mobilität bei den Betroffenen zu erhöhen. Das bedeutet bessere Angebote im ÖPNV wie Rufbusverkehr oder Nachbarschafts-„taxi“. Der Altmarkkreis Salzwedel hat seit 2008 den ÖPNV, der im Übrigen ländlichen Raum fast nur noch durch den Schulbusverkehr aufrechterhalten wird, verbessert. Zwischen 5 und 22 Uhr fahren auf 3 Hauptlinien regelmäßig Busse und im Gebiet zwischen diesen Hauptlinien verkehren bei Bedarf Rufbusse alle 2 Stunden. Das System ist von der Bevölkerung angenommen worden. Die gestiegenen Nutzerzahlen zeigen dies deutlich. Der Umgang der Bevölkerung und gerade der älteren Bevölkerung mit dem Modell Rufbus (nur auf Anruf verkehrt ein Bus) ist durch umfangreiche Werbemaßnahmen gut nachgefragt. Die Einführung des Modells wurde durch das Land begleitet und bezuschusst. Dieses Modell könnte auch in weiteren ländlichen Räumen zur Verbesserung der Mobilität beitragen und Vorbild sein. Zudem ist mit einer Beifinanzierung des Landes/EU geplant einen Elektrobus als Rufbus im System zu erproben.

Zum anderen müssen wir die Mobilität von Dienstleistungen und Beratung erhöhen. Hier sind der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Von Filialpraxen bis Telemedizin per Internet ist da z.B. im Gesundheitsbereich vieles denkbar. Die Entwicklung im digitalen Bereich bietet hierbei zahlreiche Möglichkeiten. Für den Bereich öffentlicher Verwaltung werden wir in der nächsten Legislaturperiode ein E-Governmentgesetz (Bezug von Verwaltungsservice und -dienstleistungen per Internet) auf den Weg bringen.

2. Wie wollen Sie erreichen, dass die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und jüngeren Familien in einer älter werdenden Gesellschaft ausreichend Berücksichtigung finden?

Der quartiersbezogene Ansatz ist dafür eine gute Grundlage. Wichtig sind die Einbindung und natürlich auch das gegenseitige Verständnis für die Belange und Erfordernisse des Zusammenlebens der Generationen. Das „Füreinander- Sorge-Tragen“ und die Achtung der unterschiedlichen Lebensphasen müssen dabei sicher erst wieder erlernt werden. Wichtig muss sein, dass das Miteinanderleben keine Einbahnstraße ist, sondern, dass alle Seiten gewinnen können.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

3. Wie wollen Sie Menschen motivieren, in Sachsen-Anhalt zu leben und Familien zu gründen?

Wichtig ist vor allem, dass sich die Menschen in Sachsen-Anhalt wohl fühlen, dass sie sagen, Familien können hier gut leben.

Dazu gehören in erster Linie sichere, der Qualifikation entsprechend gut bezahlte Arbeitsplätze. Denn die Menschen werden sich nur dort niederlassen, wo sie von "ihrer Hände" Arbeit leben können. Wir halten eine Niedriglohnstrategie als angeblichen Wettbewerbsvorteil genau für das Gegenteil. Wer hier weniger verdient als in anderen Bundesländern, wird Sachsen-Anhalt verlassen, zumal, wenn eine Familie zu versorgen ist. Die Abwanderung gerade junger Frauen kann so nicht gestoppt werden.

Um einer Beschäftigung nachgehen zu können, sind Familien auf die Unterstützung von Kindertageseinrichtungen angewiesen. Sachsen-Anhalt hat nicht nur den weitreichendsten Betreuungsanspruch, sondern auch eine zunehmende Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Die Strukturbedingungen sind für Familien in unserem Bundesland also hervorragend. Die qualitativen Verbesserungen sind eingeleitet und werden fortgesetzt. Wichtig wird es, die Rahmenbedingungen noch stärker an die Bedürfnisse der Familien anzupassen.

4. Was halten Sie von einer generell kostenlosen Nutzung des ÖPNV für alle Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt, um Mobilität und Teilhabe insbesondere im ländlichen Raum zu verbessern?

Wir werden das Schnittstellenprogramm des Landes fortsetzen, damit das Umsteigen im Nahverkehr einfacher und bequemer wird.

Das Land unterstützt die (kostenlose/-günstige) Mobilität von Jugendlichen derzeit durch die Zahlung von 31 Mio. Euro für den Ausbildungsverkehr und rund 23 Mio. Euro für die Schülerbeförderung an die kommunalen Aufgabenträger.

Themenbereich Armut und Teilhabe

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) war im Jahr 2014 mehr als jeder fünfte Mensch in Sachsen-Anhalt arm oder armutsgefährdet. Nur in Bremen ist die Armutsquote noch höher. Die Armut trifft besonders Familien mit Kindern und hier in erster Linie Alleinerziehende.

1. Was werden Sie tun, um die Lebenssituation insbesondere der armen Familien im Land und ihre gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten zu verbessern?

Armut hat immer etwas mit Einkommensarmut zu tun. Arme Kinder kommen aus Familien, wo niemand oder nur eine Person Arbeit hat. Selbst diejenigen, die Arbeit haben, sind oft nur prekär beschäftigt. Das trifft vor allem auf Alleinerziehende zu. Die höchste Armutsquote verzeichnen wir in Sachsen-Anhalt bei den Ein-Personen-Haushalten mit Kind/ern. Deshalb sollen Alleinerziehende besonders unterstützt werden.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Ein Pakt für Alleinerziehende soll dafür sorgen, dass das Aufstocken des Lohnes nicht mehr notwendig ist.

Der Mindestlohn ist eingeführt worden, um die Menschen aus prekären Beschäftigungsverhältnissen zu holen. Ein Jahr Erfahrung zeigt, dass dies in vielen Fällen gelungen ist. Gerade bei den Familien mit Kindern ist es aber wichtig, dass wenigstens ein Elternteil Arbeit hat. Mit dem Landesprogramm "Familien stärken – Perspektiven eröffnen" soll Familien oder Jugendlichen aus Bedarfsgemeinschaften geholfen werden, damit sie ihren Platz auf dem Arbeitsmarkt finden. Der ganzheitliche Ansatz, der Betreuung über einen Familienintegrationscoach und berufliche Erprobung beinhaltet, macht das Programm attraktiv. So kann in den Familien die erzieherische Kompetenz ebenso verbessert werden, wie die Erwerbchancen der Eltern. Ein weiterer Fokus liegt bei den Jugendlichen in den Bedarfsgemeinschaften. Das Programm soll die Zukunfts- und Teilhabechancen der Jugendlichen aus benachteiligten Familien erhöhen.

2. Wie werden Sie die Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungschance vorantreiben?

Mit der Änderung des Kinderförderungsgesetzes ist ein Schritt hin zu mehr Gerechtigkeit unternommen worden. Jedes Kind hat danach einen Anspruch auf einen ganztägigen Platz in einer Kindertageseinrichtung. Denn dort findet frühkindliche Bildung statt, dort lernen und entdecken die Kinder gemeinsam mit anderen Kindern die Welt außerhalb der Familie. Die Kitas gestalten die Umsetzung des Bildungsauftrages in eigener Verantwortung, aber auf Basis des verbindlichen Bildungsprogramms "Bildung: elementar – Bildung von Anfang an". Dieses Programm wird anhand neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse an den Bedürfnissen der Kinder ausgerichtet immer weiter entwickelt.

Mit der Einführung der Gemeinschaftsschulen, von denen es inzwischen schon 30 Stück gibt, wurde mehr Bildungsgerechtigkeit erreicht. Wir haben dafür gesorgt, dass längeres gemeinsames Lernen möglich wird und wir werden das erfolgreiche Modell der Gemeinschaftsschule weiterentwickeln und die Zahl der Ganztagschulen erhöhen.

3. Besonders im ländlichen Raum verhindert mangelnde Mobilität armer Familien Teilhabemöglichkeiten. Welche Lösungsmöglichkeiten sehen Sie?

Viele Kommunen unterstützen schon heute junge Menschen, damit sie mobil sein können. Leider ist das nicht überall der Fall. Gerade für diejenigen in ländlich strukturierten Gegenden ist es sehr schwierig, von einem Punkt zum anderen zu kommen. Neben einer umweltgerechten und integrierten Infrastrukturpolitik mit einer optimalen Verknüpfung aller Verkehrsträger setzen wir Sozialdemokraten uns für eine bezahlbare Mobilität für alle ein. Wir brauchen einen flächendeckenden, barrierefreien und gut vernetzten öffentlichen Personennahverkehr, der für alle Kinder und Jugendlichen soweit es in der Tat machbar ist, möglichst kostenfrei sein sollte.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

4. Sollten alleinerziehende Erwerbstätige bei der Nachmittagsbetreuung ihrer Kinder finanziell unterstützt werden, damit Familie und Beruf besser vereinbart werden können?

Sie werden schon jetzt unterstützt, u. a. dadurch, dass jedes Kind einen Rechtsanspruch auf eine ganztägige Betreuung hat. Im Bereich der vorschulischen Bildung umfasst ein ganztägiger Platz bis zu zehn Stunden täglich oder 50 Stunden in der Woche. Für die Schulkinder bis zur Versetzung in den 7. Schuljahrgang besteht die Möglichkeit, täglich sechs Stunden betreut zu werden. Viele Kommunen entlasten schon heute – je nach Familieneinkommen - viele Familien von den Kosten der Kinderbetreuung.

Themenbereich Arbeit mit Flüchtlingen

Auch in den nächsten Jahren werden Menschen nach Sachsen-Anhalt kommen, die vor Terror und menschenunwürdigen Verhältnissen in ihren Heimatländern geflohen sind.

Eine wichtige Aufgabe wird die Integration dieser Menschen sein, verbunden mit der Aussicht, für den Lebensunterhalt sorgen zu können. Dieses wird oft erschwert durch erhebliche Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, Ausbildungs- und Arbeitsverbote und diskriminierende sozialrechtliche Leistungseinschränkungen.

1. Was wollen Sie dafür tun, dass sich Flüchtlingsfamilien in Sachsen-Anhalt willkommen fühlen und auch im Land bleiben möchten?

Sachsen-Anhalt hat im letzten Jahr ca. 41.000 Flüchtlinge aufgenommen. 55% von ihnen sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren. Es werden große Anstrengungen unternommen, um ihnen den Zugang zur Kinderbetreuung, zu den Schulen, zu Ausbildung oder Beruf zu eröffnen.

Wir halten es für wichtig, dass Kinder aus Flüchtlingsfamilien so schnell wie möglich die Kindertageseinrichtungen besuchen. Können sie doch dort geradezu spielerisch die Sprache und Gepflogenheiten lernen. Deshalb beteiligen wir uns auch am Programm "Willkommenskitas" der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Das Land unterstützt die Kitas und Schulen methodisch durch die Servicestelle "Interkulturelles Lernen in Kita und Schule". Die Servicestelle wird einen online-Service mit pädagogischen Handreichungen und Materialien zur interkulturellen Bildung anbieten und mehrsprachiges Informationsmaterial für Eltern bereitstellen.

Die Integration von Familien wird schon jetzt von vielen Ehrenamtlichen unterstützt. Das ist uns sehr wichtig, weil der direkte Kontakt zu Flüchtlingen die Aufnahme hier erleichtert und Vorurteile abgebaut werden können. Wir sind deshalb froh, dass das Land seit November 2015 in den Aufnahmekommunen Projekte fördert, mit denen ehrenamtliche Bildungs- und Familienpatenschaften organisiert, qualifiziert und vernetzt werden. Ziel ist die verbesserte Bildungsteilhabe und die Stärkung der Erziehungskompetenz.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

Wichtig ist uns, dass ehrenamtliche Arbeit auch Anerkennung findet, damit auch weitere Personen für diese Arbeit gefunden werden können. Über den Engagementfonds "Willkommenskultur" (der Netzwerkstelle "Willkommenskultur") können Kosten ehrenamtlichen Engagements erstattet werden. Im letzten Jahr konnten mit insgesamt rund 100.000 Euro mehr als 80 lokale Willkommens-Initiativen und Vereine unterstützt werden.

In diesem Schuljahr wurde ein flächendeckendes Netz von ca. 300 Sprachförderklassen und -gruppen aufgebaut. Dazu wurden mehr als 100 Sprachlehrkräfte eingestellt, damit mit dem Erlernen der deutschen Sprache die Integration in die Schule so schnell wie möglich gelingen kann.

Für Jugendliche und junge Erwachsene wurde gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit, den kommunalen Spitzenverbänden, den Arbeitgebern, den Kammern und Gewerkschaften eine Arbeitsgruppe "Integration in den Arbeitsmarkt" ins Leben gerufen. Es ist eine flexible Ausbildungsvorbereitungsphase vorgesehen, in der Sprachförderung, berufliche Orientierung, betriebliche Praxis und die Möglichkeit zum nachträglichen Erwerb von Schulabschlüssen stattfinden sollen.

Für die Eltern der Flüchtlingskinder greifen alle anderen Maßnahmen wie Sprachunterricht, Kompetenzfeststellung, Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen, Praktika und Arbeitsmarktvermittlung.

2. Durch welche Maßnahmen wollen Sie die Integration von Flüchtlingen und hier besonders von Kindern und Jugendlichen fördern?

Eine große Herausforderung sind die sog. unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen, die seit November vergangenen Jahres nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt werden. Die Unterbringung und Betreuung dieser – nicht selten traumatisierten – Kinder und Jugendlichen erfolgt durch die zuständigen Jugendämter.

Wir halten es für wichtig, diese jungen Menschen neben den vorgeschriebenen Verfahren und der qualifizierten Betreuung so schnell wie möglich die Chance zum Spracherwerb und zur Schul- und Berufsausbildung zu eröffnen. In der Zwischenzeit sollten die Jugendlichen Praktika absolvieren können. Das trägt nicht nur zu mehr Verständigung miteinander, sondern ebenso zum Spracherwerb bei.

Daneben ist es wichtig, qualifizierte Vormünder für die unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlichen zu finden. Deshalb hat das Land auf Informationsveranstaltungen um ehrenamtliche Vormünder geworben. Die 219 Personen, die sich zu dieser schriftlich bestätigten Aufgabe als Vormund bereit erklärt haben, werden jetzt fortgebildet.

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

3. Wie können Mitarbeitende in Kitas und Schulen in der Arbeit mit oft traumatisierten, kaum deutsch sprechenden Kindern begleitet werden.

Im Normalfall findet die Unterstützung in den Kitas durch die Servicestelle "Interkulturelles Lernen" statt. Bei schwerwiegenden traumatischen Erfahrungen sind Mediziner oder PsychotherapeutInnen hinzuzuziehen. Auch die psychosozialen Zentren in Magdeburg und Halle können in Anspruch genommen werden.

Neben den Fortbildungsangeboten der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung bietet auch das Landesjugendamt Beratung, Unterstützung und Coaching für Fachkräfte in den Kindertageseinrichtungen an.

Kindertageseinrichtungen mit vielen Kindern aus Zuwanderungsfamilien oder mit besonderen Unterstützungsbedarfen können im Rahmen des Programm "Willkommenskitas" fachlich kompetent begleitet und beraten werden. Das Thema "Vielfalt" wird außerdem im Fortbildungsprogramm für sozialpädagogische Fachkräfte deutlich verstärkt.

Für die Schulen wurden extra zwei Schulpsychologen eingestellt, die bei Bedarf unterstützend tätig werden.

4. Was halten Sie von einer Aufhebung des Arbeitsverbots, der Vorrangprüfung und der Wartefrist, damit Ausbildungen begonnen und Arbeitsverhältnisse frühzeitig aufgenommen werden können.

Für diejenigen, die eine sichere Bleibeperspektive haben, sollen die Verfahren ohnehin verkürzt werden, so dass ein Arbeitsverbot quasi obsolet wäre.

Asylsuchende haben einen nachrangigen Zugang zum Arbeitsmarkt. Findet ein Asylsuchender ein Arbeitsplatzangebot, prüft die Bundesagentur, ob ein bevorzogter deutscher Arbeitnehmer zur Verfügung steht. Nur wenn das nicht der Fall ist, darf der Asylsuchende den Arbeitsplatz annehmen.

Um Flüchtlingen frühzeitige Chancen zur Orientierung auf dem Arbeitsmarkt, erste Erfahrungen im beruflichen Alltag und zur Anbahnung von Kontakten zu Unternehmen zu eröffnen, unterstützt das Land den Einsatz von Flüchtlingen in sog. Arbeitsgelegenheiten (AGH) in den Kommunen. Wir haben uns für diese Unterstützung stark gemacht. An die Beschäftigung sollen sich insbesondere auch Maßnahmen zur sprachlichen Förderung und ergänzende weiterführende Maßnahmen anschließen, denn häufig stehen auch mangelnde Deutsch- und Orientierungskennntnisse der frühzeitigen Arbeitsmarktintegration im Weg. Für diesen besonderen Aufwand können die Projektträger eine finanzielle Unterstützung erhalten.

Bei einem Abschaffen oder einem Aussetzen der Vorrangprüfung muss immer zweierlei bedacht werden: erstens sollen Menschen mit Bleibeperspektive so schnell wie möglich in Arbeit gebracht werden. Auf der anderen Seite dürfen die nicht vergessen werden, die

Antworten der SPD Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine der Landesarbeitsgemeinschaft der Familienverbände

aufgrund welcher Einschränkungen auch immer bisher geringe Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt hatten.

Zu hinterfragen sind auch der Verwaltungsaufwand (aufwändige Prüfverfahren) bei der Vorrangprüfung und die Zeit, die dafür aufgewendet werden muss.

Das Aussetzen der Vorrangprüfung halten wir für durchaus sinnvoll, z. B. in solchen Branchen, in denen heute schon händeringend nach Fachkräften gesucht wird und für die sich aus dem Pool der Arbeitssuchenden niemand sonst finden lässt.

5. Was halten Sie davon, den Aufenthaltsstatus bis zum Ende der Ausbildung, bzw. bis zum Erreichen des angestrebten Schulabschlusses zu verlängern?

Wir halten das im doppelten Sinne für gut. Einmal, weil den jungen Flüchtlingen eine Lebensperspektive mit dem Erlernen eines Berufes gegeben wird und zum anderen, weil es Schwierigkeiten bei der Besetzung vieler Ausbildungsplätze gibt.

6. Es besteht oft nur ein Anspruch auf eine eingeschränkte ärztliche Versorgung nach Genehmigung durch das Sozialamt. Wie wollen Sie die medizinische und psychotherapeutische Versorgung insbesondere von Kindern verbessern?

Wir streben die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte an, um für Asylsuchende und Kommunen den Aufwand zu minimieren. Eine Leistungserweiterung ist aufgrund der Neuregelung im Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz bisher nicht vorgesehen.

Nach dem § 6 AsylbLG ist die Behandlung psychischer Erkrankungen bei Kindern möglich. Schwierig ist allerdings, gerade bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen ausgebildete Therapeuten zu finden, die diese in deren Muttersprache betreuen können.

